



ED/P240364

## **Erläuterungen zur Änderung der Verordnung über das Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG) vom 15. Juni 2010 (SG 427.100), Stand: 1. August 2018**

### **1. Ausgangslage und Revisionsbedarf**

Die Verordnung über das Bildungszentrum Gesundheit (BZG) vom 15. Juni 2010 (BZG-VO; SG 427.100) soll an die Entwicklungen im Bundes- und kantonalen Recht und an die Erfahrung aus der heutigen Praxis angepasst werden.

Anpassungsbedarf besteht vor allem aufgrund der Revision der kantonalen Berufsbildungsverordnung vom 19. Februar 2008 (SG 420.210) im Jahre 2020. Damals wurde in Nachvollzug der revidierten Verordnung des WBF über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen vom 11. September 2017 (MiVo-HF; SR 412.101.61) eine Bestimmung zu den Höheren Fachschulen eingefügt (§ 29a KBBV). Danach sind neu die Bildungsanbieter für den Erlass der Studien- und Prüfungsreglemente für Bildungsgänge auf Niveau höhere Fachschulen (HF) zuständig. Diese Änderung wurde in der Verordnung über das BZG bis heute nicht nachvollzogen. Entsprechend sind aktuell noch enthaltene abweichende Regelungszuständigkeiten (siehe §§ 7, 17, 18, 19 und 21 BZG-VO) anzupassen.

Neu sollen auch die Beschäftigung und die Entlohnung von Lehrbeauftragten am BZG in der Verordnung geregelt werden (neuer § 15a). Die Lehrbeauftragten sollen mit jeweils auf ein Schuljahr befristeten Arbeitsverträgen angestellt werden können, was der heutigen Praxis entspricht. Die Entlohnung richtet sich nach der Art des zu erteilenden Unterrichts (theoretisch/praktisch) und nach dem Alter. Der Ansatz pro Lektion richtet sich nach einer Vergütungstabelle auf der Grundlage der Lohntabelle des Kantons. Auch diese Entlohnungsregelung entspricht bereits der Praxis.

Im Weiteren soll die seit Jahren bestehende Kooperation des BZG mit der Berner Fachhochschule (BFH) zur Durchführung der Studiengänge Pflege und Physiotherapie auf Niveau Fachhochschulen (FH) am Standort des BZG auf eine solidere Verordnungsgrundlage gestellt werden. Die Kooperation wird im Übrigen in einem Vertrag zwischen dem Erziehungsdepartement und der BFH geregelt.

Schliesslich werden im Zuge der Revision verschiedene Bestimmungen redaktionell angepasst, präzisiert oder aufgehoben, weil sie nicht mehr geltendem Recht oder geltender Praxis entsprechen.

## 2. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

Verordnung vom 15.06.2010	Änderungen
<p><b>§ 1</b>  <sup>1</sup> Der Kanton Basel-Stadt führt die Höhere Fachschule Bildungszentrum Basel-Stadt (BZG). Diese bietet, im Bereich der nichtakademischen Berufe im Gesundheitswesen, eidgenössisch anerkannte Bildungsgänge auf dem Niveau Höhere Fachschule, eidgenössisch anerkannte Nachdiplomstudien und Weiterbildungen an.  <sup>2</sup> Das BZG bietet im Bereich der nichtakademischen Gesundheitsberufe, in Kooperation mit Fachhochschulen, Studiengänge auf dem Niveau Fachhochschule an. Die Kooperation wird in einer Vereinbarung der Fachhochschule mit dem Erziehungsdepartement geregelt. Vorbehalten bleiben die Vorschriften und Verträge auf dem Gebiet der Fachhochschulen.  <sup>3</sup> Das BZG kann Dritten Beratungen und andere Dienstleistungen anbieten. Dafür erhebt es Aufwandentschädigungen, welche in der Regel kostendeckend sind.  <sup>4</sup> Das Erziehungsdepartement kann Verträge über Aus- und Weiterbildungskooperationen mit privaten Institutionen und staatlichen Institutionen anderer Kantone abschliessen.</p>	<p><b>§ 1</b>  <sup>1</sup> Der Kanton <del>Basel-Stadt</del> führt die Höhere Fachschule Bildungszentrum <b>Gesundheit</b> Basel-Stadt (BZG). Diese bietet, im Bereich der nichtakademischen Berufe im Gesundheitswesen, eidgenössisch anerkannte Bildungsgänge auf dem Niveau Höhere Fachschule, eidgenössisch anerkannte Nachdiplomstudien und Weiterbildungen an.  <sup>2</sup> Das BZG bietet <b><u>Der Kanton sorgt dafür, dass</u></b> im Bereich der nichtakademischen Gesundheitsberufe, in Kooperation mit Fachhochschulen, Studiengänge auf dem Niveau Fachhochschule <b><u>am Standort BZG durchgeführt werden. Er kann hierfür Beiträge an die Raum- und Infrastrukturkosten leisten.</u></b><del>an</del>  <sup>2bis</sup> <b><u>Das Erziehungsdepartement schliesst mit den Fachhochschulen Kooperationsverträge ab, die insbesondere Art, Umfang und Dauer der Kooperation sowie die Kostentragung regeln.</u></b> <del>Die Kooperation wird in einer Vereinbarung der Fachhochschule mit dem Erziehungsdepartement geregelt. Vorbehalten bleiben die Vorschriften und Verträge auf dem Gebiet der Fachhochschulen.</del>  <sup>2ter</sup> <b><u>Das Erziehungsdepartement kann weitere Verträge über Aus- und Weiterbildungskooperationen mit privaten Institutionen und staatlichen Institutionen anderer Kantone abschliessen.</u></b>  <sup>3</sup> Das BZG kann Dritten Beratungen und andere Dienstleistungen anbieten. Dafür erhebt es Aufwandentschädigungen, welche in der Regel kostendeckend sind.  <sup>4</sup> <del>Das Erziehungsdepartement kann Verträge über Aus- und Weiterbildungskooperationen mit privaten Institutionen und staatlichen Institutionen anderer Kantone abschliessen.</del></p>

### Erläuterungen zu § 1

#### Zu Abs. 1:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

#### Zu Abs. 2:

Aktuell werden in Kooperation mit der Fachhochschule Bern (FHB) Bachelorstudiengänge Pflege und Physiotherapie am Standort des BZG angeboten. Diese wird in einem Vertrag zwischen dem

Erziehungsdepartement und der FHB geregelt. Nach dem vertraglich aktuell geregelten Kooperationsmodell werden die Studiengänge von der BFH eigenständig durchgeführt. Der Kanton stellt im Sinne einer Abgeltung der Standortgarantie die für die Durchführung erforderlichen Räumlichkeiten und Infrastruktur (Miete, Unterhalt, Ausstattung, Hausdienst/Reinigung) der BFH zur Verfügung und trägt die Kosten dafür (für beide FH-Studiengänge aktuell rund 2.5 Mio. Franken jährlich wiederkehrende Kosten). Für diese Ausgaben bedarf es einer rechtlichen Grundlage. Alle weiteren Kosten trägt gemäss dem aktuellen Kooperationsvertrag ab 2022 die BFH, der die personelle und inhaltliche Verantwortung für die Bildungsgänge zukommt.

Zu Abs. 2<sup>ter</sup>:

Abs. 4 wird aus systematischen Gründen und zum besseren Verständnis neu zu Abs. 2<sup>ter</sup> und um den Zusatz «weitere» ergänzt, da bereits der neue Abs. 2<sup>bis</sup> Kooperationsverträge regelt.

Zu Abs. 4:

Siehe Erläuterungen zu Abs. 2<sup>ter</sup>.

<p><b>§ 3</b> 1 Die Ausgaben der Schule werden vom Kanton bestritten, soweit sie nicht durch Beiträge des Bundes, Studien- und Kursgebühren sowie weitere Gebühren gedeckt sind.</p>	<p><b>§ 3</b> 1 Die Ausgaben der Schule werden vom Kanton bestritten, soweit sie nicht durch Beiträge des Bundes, <b><u>Beiträge anderer Kantone aus Staatsverträgen</u></b>, Studien- und Kursgebühren sowie weitere Gebühren gedeckt sind.</p>
--	--

### Erläuterungen zu § 3

Das BZG wird zu einem substantiellen Teil aus Beiträgen aus Staatsverträgen finanziert. Seit dem Jahr 2005 besteht der Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die Abgeltung der Kosten der nicht akademischen Berufsausbildungen im Gesundheitswesen auf Sekundarstufe II und auf Tertiärstufe (Vertrag Gesundheitsberufe; SG 427.150). Danach führt der Kanton BS die HF im Gesundheitswesen und erhält hierfür vom Kanton BL eine finanzielle Abgeltung. (Umgekehrt führt der Kanton BL die Berufsfachschule im Gesundheitswesen, was aber hier nicht Regelungsgegenstand ist.) Seit dem Jahr 2014 gilt für den Kanton BS sodann die Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV; SG 419.810). Diese regelt namentlich die Höhe der Beiträge, welche ein Kanton für den ausserkantonalen Schulbesuch seiner Studierenden leistet.

<p><b>§ 5</b> 1 Die Lehrpläne werden, gestützt auf die jeweiligen Rahmenlehrpläne, vom Erziehungsrat erlassen.</p>	<p><b>§ 5</b> 1 Die Lehrpläne werden, gestützt auf die jeweiligen Rahmenlehrpläne, vom Erziehungsrat <b><u>BZG</u></b> erlassen.</p>
--	--

### Erläuterungen zu § 5

Nach Art. 14 MiVo-HF erarbeitet der Bildungsanbieter einen Lehrplan gestützt auf die Bestimmungen der MiVo-HF und den entsprechenden Rahmenlehrplänen. Der Inhalt des Lehrplans wird in den Studien- und Prüfungsreglementen für die jeweiligen Bildungsgänge (Pfleger HF, Medizinisch-Technische Radiologie HF, Biomedizinische Analytik HF) geregelt.

<p><b>§ 6</b>  <sup>1</sup> Die Gesamtverantwortung für die Praktikums-einsätze liegt beim BZG.  <sup>2</sup> Das BZG schliesst mit den Praktikumsinstituti-onen Verträge ab, welche den Ausbildungsauf-trag, den Praktikumslohn, die Arbeitszeit und die Ferien regeln.</p>	<p><b>§ 6</b>  <sup>1</sup> Die Gesamtverantwortung für die Praktikums-einsätze liegt beim BZG.  <sup>2</sup> Das BZG schliesst mit <del>den Praktikumsinstituti-onen</del> <b><u>den Ausbildungsbetrieben</u></b> Verträge ab, welche den Ausbildungsauftrag, den <del>Prakti-kumslohn, die Arbeitszeit und die Ferien,</del> <b><u>die Zusammenarbeit und Verantwortlichkeiten, sowie die Rahmenbedingungen für die Prak-tikumseinsätze der Studierenden</u></b> regeln.</p>
--	--

**Erläuterungen zu § 6**

Zu Abs. 2:

Der Begriff «Praktikumsinstitution» ist insofern unklar, als dieser nicht mit demjenigen des Ausbil-dungsbetriebs, an dem die Studierenden angestellt sind, zusammenfällt. Praktikums-einsätze kön-nen bzw. sollen auch in anderen Praktikumsbetrieben (Fremdpraktikum) erfolgen. In der Praxis wird heute der Begriff «Ausbildungsbetrieb» verwendet.

Der Praktikumslohn, die Arbeitszeit und die Ferien werden nicht im Vertrag zwischen dem BZG und dem Ausbildungsbetrieb, sondern im Anstellungsvertrag zwischen den Studierenden und dem Aus-bildungsbetrieb geregelt.

<p><b>§ 7</b>  <sup>1</sup> Die Qualifikationsverfahren für Bildungsgänge, Nachdiplomstudien und Weiterbildungen sind im Rahmen der jeweiligen Promotionsverord-nungen geregelt, welche der Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrats erlässt.</p>	<p><b>§ 7</b>  <sup>1</sup> Die Qualifikationsverfahren für Bildungsgänge, Nachdiplomstudien und Weiterbildung sind im Rahmen der jeweiligen Lehrpläne in <del>Promotionsverordnungen</del> <b><u>Studien- und Prüfungsreglementen</u></b> geregelt, <del>welche der Regierungsrat auf Antrag des Erziehungs-rats erlässt.</del></p>
--	--

**Erläuterungen zu § 7**

Gemäss § 29a Abs. 2 kBBV können die Bildungsanbieter von Bildungsgängen auf Niveau HF Stu-dien- und Prüfungsreglemente nach den Vorgaben der MiVo-HF und der jeweils geltenden Rah-menlehrpläne erlassen. Regierungs- und Erziehungsrat sind demnach nicht mehr hierfür zuständig.

<p><b>§ 8</b>  <sup>1</sup> Zur Beaufsichtigung der Schule wird eine Schulkommission bestellt, die aus einer Präsi-dentin oder einem Präsidenten, einer Vertreterin oder einem Vertreter des Kantons Basel-Land-schaft und fünf weiteren Mitgliedern besteht. Sie wird vom Regierungsrat auf eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.</p>	<p><b>§ 8</b>  <sup>1</sup> Zur Beaufsichtigung der Schule wird eine Schulkommission bestellt, die aus <del>einer Präsi-dentin oder einem Präsidenten, einer Vertreterin oder einem Vertreter</del> <b><u>einem Präsidium, einer Vertretung</u></b> des Kantons Basel-Landschaft und fünf <b><u>mindestens vier</u></b> weiteren Mitgliedern be-steht. Sie wird vom Regierungsrat auf eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.  <sup>2</sup> Bei der Bestellung der Schulkommission wer-den <b><u>die Berufsfachschule Gesundheit Basel-</u></b></p>
--	---

<p><sup>2</sup> Bei der Bestellung der Schulkommission werden die Organisation der Arbeitswelt Gesundheit beider Basel und die Berufsverbände in angemessener Weise berücksichtigt.</p> <p><sup>3</sup> Die Direktorin bzw. der Direktor wohnt von Amtes wegen den Sitzungen der Schulkommission mit beratender Stimme bei.</p> <p><sup>4</sup> Die Schulkonferenz wählt für eine Amtsdauer von vier Jahren in geheimer Abstimmung aus ihrer Mitte zwei ständige Vertretungen in die Schulkommission sowie je einen Ersatz. Diese nehmen an den Sitzungen der Schulkommission mit beratender Stimme teil. Sie können nicht mehr als eine vollständige Amtsperiode als solche in die Schulkommission abgeordnet werden; nach vierjährigem Unterbruch ist dagegen eine frühere Vertretung wieder wählbar.</p> <p><sup>5</sup> Die Studierenden können aus ihrem Kreis zwei Vertretungen in die Schulkommission wählen. Ausser bei der Besprechung von Personalangelegenheiten nehmen sie an den Sitzungen der Schulkommission teil. Sie haben dabei eine beratende Stimme.</p> <p><sup>6</sup> Die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder der Schulkommission erhalten ein Sitzungsgeld und eine jährliche Entschädigung, deren Höhe vom Regierungsrat festgesetzt wird.</p>	<p><b>Landschaft</b>, die Organisation der Arbeitswelt Gesundheit beider Basel und die Berufsverbände in angemessener Weise berücksichtigt.</p> <p><sup>3</sup> Die Direktorin bzw. der Direktor wohnt von Amtes wegen den Sitzungen der Schulkommission mit beratender Stimme bei.</p> <p><sup>4</sup> Die Schulkonferenz wählt für eine Amtsdauer von vier Jahren in geheimer Abstimmung aus ihrer Mitte zwei ständige Vertretungen in die Schulkommission sowie je eine Ersatz. Diese nehmen an den Sitzungen der Schulkommission mit beratender Stimme teil. Sie können nicht mehr als eine vollständige Amtsperiode als solche in die Schulkommission abgeordnet werden; nach vierjährigem Unterbruch ist dagegen eine frühere Vertretung wieder wählbar.</p> <p><sup>5</sup> Die Studierenden können aus ihrem Kreis zwei Vertretungen in die Schulkommission wählen. Ausser bei der Besprechung von Personalangelegenheiten nehmen sie an den Sitzungen der Schulkommission teil. Sie haben dabei eine beratende Stimme.</p> <p><sup>6</sup> Die Präsidentin bzw. der Präsident <b>Das Präsidium</b> und die Mitglieder der <b>Schulkommission</b> erhalten ein Sitzungsgeld und eine jährliche Entschädigung, deren Höhe vom Regierungsrat festgesetzt wird.</p>
---	--

**Erläuterungen zu § 8**

Zu Abs. 1:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu Abs. 2:

Es handelt sich um eine Anpassung an die geltende Praxis.

Zu Abs. 6:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

<p><b>§ 9</b></p> <p><sup>1</sup> Die Schulkommission ist die Aufsichtsbehörde des BZG.</p> <p><sup>2</sup> Insbesondere kommen ihr folgende Befugnisse zu:</p> <p>a) Sie berät die Schulleitung in Fragen der Aus- und Weiterbildung.</p> <p>b) Sie führt regelmässig Schulbesuche durch.</p> <p>c) Sie beaufsichtigt die Amtsführung der Schulleitung.</p>	<p><b>§ 9</b></p> <p><sup>1</sup> Die Schulkommission ist die Aufsichtsbehörde des BZG.</p> <p><sup>2</sup> Insbesondere kommen ihr folgende Befugnisse zu</p> <p>a) Sie berät die Schulleitung in Fragen der Aus- und Weiterbildung.</p> <p>b) Sie führt regelmässig Schulbesuche durch.</p> <p>c) Sie beaufsichtigt die Amtsführung der Schulleitung.</p>
--	---

d) Sie behandelt Aufsichtsbeschwerden von Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrpersonen. e) Sie verfügt Schulausschlüsse gemäss § 24.	d) Sie behandelt Aufsichtsbeschwerden von Eltern, Schülerinnen und Schülern <b>Studierenden</b> und Lehrpersonen. e) <del>Sie verfügt Schulausschlüsse gemäss § 24.</del>
---	--

## Erläuterungen zu § 9

### Zu Abs. 2 lit. d:

Die Studierenden sind volljährig und können ihre Rechte selbstständig geltend machen. Bei einer Ausbildung auf Tertiärstufe macht die Regelung, die von einer Beschwerdemöglichkeit der Eltern ausgeht, keinen Sinn mehr.

### Zu Abs. 2 lit. e:

Zur Begründung für die Streichung dieser Befugnis siehe Erläuterungen zu § 24.

<p><b>§ 11</b>  <sup>1</sup> Die Leitung des BZG obliegt der Direktorin oder dem Direktor. Ihre oder seine Pflichten und Befugnisse werden durch die Ordnung für die Schulleitungen der weiterführenden Schulen geregelt.  <sup>2</sup> Die Leiterin oder der Leiter der weiterführenden Schulen ist die vorgesetzte Stelle der Schulleitung.  <sup>3</sup> Die Direktorin oder der Direktor ist Mitglied der Konferenz der Direktorinnen und Direktoren der berufsbildenden Schulen (KDBS).</p>	<p><b>§ 11</b>  <sup>1</sup> Die Leitung des BZG obliegt der Direktorin oder dem Direktor <b>Direktion</b>. Ihre oder seine Pflichten und Befugnisse werden durch die <b>Ordnung Verordnung</b> für die Schulleitungen der weiterführenden Schulen <b>vom 26. Juni 2012</b> geregelt.  <sup>2</sup> <del>Die Leiterin oder der Leiter der weiterführenden Schulen</del> <b>Die Leitung Mittelschulen und Berufsbildung</b> ist die vorgesetzte Stelle der Schulleitung.  <sup>3</sup> Die <del>Direktorin oder der Direktor</del> <b>Direktion</b> ist Mitglied der <del>Konferenz der Direktorinnen und Direktoren der berufsbildenden Schulen (KDBS)</del> <b>Abteilungskonferenz Berufs- und Weiterbildung (AKOB)</b>.</p>
--	---

## Erläuterungen zu § 11

### Zu Abs. 1:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

### Zu Abs. 2:

Es ist die alte Behördenbezeichnung durch die aktuelle zu ersetzen.

### Zu Abs. 3:

Es ist die alte Konferenzbezeichnung durch die aktuelle zu ersetzen. Zudem wird eine redaktionelle Anpassung vorgenommen.

<p><b>§ 12</b>  <sup>1</sup> Anstellungsbehörde für die Direktorin bzw. den Direktor ist die vorgesetzte Stelle.  <sup>2</sup> Der Vorstand der Schulkonferenz und die Präsidentin bzw. der Präsident der Schulkommission sind vor der Anstellung anzuhören.  <sup>3</sup> Die Anstellung unterliegt der Genehmigung der Departementsvorsteherin bzw. des Departementsvorstehers.  <sup>4</sup> Die Vorstandsmitglieder der Schulkonferenz und die Präsidentin bzw. der Präsident der Schulkommission unterstehen – als an der Anstellung Beteiligte – der Schweigepflicht.</p>	<p><b>§ 12</b>  <sup>1</sup> Anstellungsbehörde für die Direktorin bzw. den Direktor <b>Direktion</b> ist die vorgesetzte Stelle <b>die Leitung Mittelschulen und Berufsbildung</b>.  <sup>2</sup> Der Vorstand der Schulkonferenz und die Präsidentin bzw. der Präsident der Schulkommission sind vor der Anstellung anzuhören.  <sup>3</sup> Die Anstellung unterliegt der Genehmigung der Departementsvorsteherin bzw. des Departementsvorstehers.  <sup>4</sup> Die Vorstandsmitglieder der Schulkonferenz und die Präsidentin bzw. der Präsident <b>das Präsidium</b> der Schulkommission unterstehen – als an der Anstellung Beteiligte – <b>im Zusammenhang mit dem Anstellungsverfahren</b> der Schweigepflicht.</p>
---	--

**Erläuterungen zu § 12**

Zu Abs. 1:

Es handelt sich um eine Präzisierung, wer mit der vorgesetzten Stelle gemeint ist.

Zu Abs. 4:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

<p><b>§ 14</b>  <sup>1</sup> Die Direktorin oder der Direktor kann zur Unterstützung Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter ernennen. Die Anstellung unterliegt der Genehmigung durch die Schulkommission. Deren Pflichten und Befugnisse werden durch die Ordnung für die Schulleitungen der weiterführenden Schulen geregelt.</p>	<p><b>§ 14</b>  <sup>1</sup> Die <del>Direktorin oder der Direktor</del> <b>Direktion</b> kann zur Unterstützung <del>Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter</del> <b>Abteilungsleitende</b> ernennen <b>anstellen</b>. Die Anstellung unterliegt der Genehmigung durch die Schulkommission. <del>Deren Pflichten und Befugnisse werden durch die Ordnung für die Schulleitungen der weiterführenden Schulen geregelt.</del></p>
---	--

**Erläuterungen zu § 14**

Mit «ernennen» ist «anstellen» gemeint, was präzisiert werden soll.

Die Ordnung, auf die verwiesen wird, wurde aufgehoben. Gemäss § 10 Abs. 3 BZG-VO ist die Direktorin bzw. der Direktor für die Aufteilung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung innerhalb der Schulleitung zuständig (vgl. auch § 2 Abs. 3 Verordnung für die Schulleitungen der weiterführenden Schulen vom 26. Juni 2012; SG 411.360). Deshalb ist der letzte Satz von § 14 obsolet.

<p><b>§ 15</b>  <sup>1</sup> Anstellungsbehörde für die Lehrpersonen ist die Direktorin bzw. der Direktor. Jede Anstellung</p>	<p><b>§ 15</b>  <sup>1</sup> Anstellungsbehörde für die Lehrpersonen ist die Direktorin bzw. der Direktor <b>Direktion</b>. Jede <b>unbefristete</b> Anstellung ist <b>von</b> der</p>
--	--

<p>ist der Schulkommission zur Genehmigung vorzulegen.</p> <p><sup>2</sup> Massnahmen gemäss §§ 24 und 25 des Personalgesetzes sowie die Entlassung gemäss §§ 27ff. des Personalgesetzes unterliegen der Genehmigung der Schulkommission.</p> <p><sup>3</sup> Im Übrigen gelten für die Anstellung die Bestimmungen des Schulgesetzes. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Verordnung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen und der Fachhochschulgesetzgebung.</p>	<p>Schulkommission zur Genehmigung vorzulegen. <b>zu genehmigen.</b></p> <p><sup>2</sup> Massnahmen gemäss §§ 24 und 25 des Personalgesetzes sowie die Entlassung gemäss §§ 27ff. des Personalgesetzes unterliegen der Genehmigung der Schulkommission.</p> <p><sup>3</sup> Im Übrigen gelten für die Anstellung die Bestimmungen des Schulgesetzes. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Verordnung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) <b>WBF</b> über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen <b>(MiVo-HF) vom 11. September 2017</b> und der Fachhochschulgesetzgebung.</p>
--	---

## Erläuterungen zu § 15

### Zu Abs. 1:

Nach dem geltenden § 95 Abs. 3 des Schulgesetzes vom 4. April 1929 (SchulG; SG 410.100) sind nur (noch) die unbefristeten Anstellungen in den weiterführenden Schulen durch die Schulkommission zu genehmigen.

### Zu Abs. 3:

Für die am Standort BZG durchgeführten Studiengängen auf Niveau FH erfolgt die Anstellung der Lehrpersonen nach dem aktuellen Kooperationsmodell mit der BFH durch die BFH selbst und nicht mehr durch das BZG. Deshalb kann der Vorbehalt der Fachhochschulgesetzgebung gestrichen werden.

	<p><b>§ 15a</b></p> <p><sup>1</sup> <b><u>Die Direktion kann Lehrbeauftragte auf ein Studienjahr befristet anstellen.</u></b></p> <p><sup>2</sup> <b><u>Für die Anstellung gelten die Bestimmungen der MiVo-HF über die Anforderungen für eine Lehrtätigkeit.</u></b></p> <p><sup>3</sup> <b><u>Die Entlöhnung richtet sich nach Art des zu erteilenden Unterrichts und nach Lebensalter. Die Ansätze pro Lektion werden in einer Vergütungstabelle festgelegt.</u></b></p> <p><sup>4</sup> <b><u>Lehrbeauftragte, die in einem Schuljahr mehr als 200 Lektionen unterrichten, werden ab dem darauffolgenden Schuljahr regulär eingestuft und entsprechend die Ansätze pro Lektion festgelegt.</u></b></p>
--	--

## Erläuterungen zu § 15a

Die Lehrbeauftragten werden zwar im 5. Abschnittstitel erwähnt, waren bisher aber nicht geregelt. Das führte in der Praxis immer wieder zu Diskussionen über die Art und Rechtsnatur der Beschäftigung (Auftrag oder Arbeitsvertrag?). Neu soll deshalb eine klare Regelung für die Anstellung und Entlohnung der Lehrbeauftragten eingefügt werden.

### Zu Abs. 1:

Anstellung bedeutet, dass die Lehrbeauftragten einen Arbeitsvertrag nach Personalgesetz vom 17. November 1999 (SG 162.100) erhalten. Als Besonderheit ist dieser aber jeweils auf ein Studienjahr befristet. Die Befristung entspricht dem Bedürfnis des BZG, Lehrbeauftragte flexibel einsetzen, Lehraufträge wiederholt zu erneuern oder auch beenden zu können (je nach Anzahl der Studierenden bzw. Gegenstand der jährlichen Studienjahrplanung).

### Zu Abs. 2:

Art. 13 MiVo-HF regelt die Anforderungen für eine (nebenberufliche) Lehrtätigkeit an einer HF.

### Zu Abs. 3:

Die Vergütungstabelle für die Lehrbeauftragten am BZG (in der aktuellen Fassung der Tabelle noch als «Dozierende im Auftrag» bezeichnet) wird vom Erziehungsdepartement zusammen mit dem Vergütungsmanagement von HR Basel-Stadt/Finanzdepartement erstellt. Die Berechnung der Lektionensätze basiert auf der Lohntabelle des Kantons und wird periodisch an diese angepasst.

### Zu Abs. 4:

Bei Hauptlehrbeauftragten erfolgt wie bei Lehrpersonen eine Lohnstufenberechnung. Sie profitieren auch von einem jährlichen Stufenanstieg, wenn dieser vom Regierungsrat gewährt wird.

<p><b>§ 16</b> 1 Alle an der Schule mit pädagogischem Auftrag angestellten Personen bilden unter der Leitung eines Vorstandes aus einer oder mehreren Personen die Schulkonferenz. Die Schulkonferenz wird vom Vorstand einberufen, wenn die Geschäfte es erfordern oder wenn ein Fünftel der Konferenzmitglieder es verlangt. 2 Die Schulkonferenz hat das Recht, Anträge an die Schulkommission zu stellen. Für die Schulkonferenz gilt eine vom Erziehungsrat zu erlassende Geschäftsordnung.</p>	<p><b>§ 16</b> 1 Alle an der Schule mit pädagogischem Auftrag angestellten <del>Personen</del> <b>Lehrpersonen und die Schulleitung</b> bilden unter der Leitung eines Vorstandes aus einer oder mehreren Personen die Schulkonferenz. Die Schulkonferenz wird vom Vorstand einberufen, wenn die Geschäfte es erfordern oder wenn ein Fünftel der Konferenzmitglieder es verlangt. 2 Die Schulkonferenz hat das Recht, Anträge an die <del>Schulkommission</del> <b>Schulleitung sowie die Leitung Mittelschulen und Berufsbildung</b> zu stellen. Für die Schulkonferenz gilt eine vom Erziehungsrat zu erlassende Geschäftsordnung.</p>
--	---

## Erläuterungen zu § 16

### Zu Abs. 1:

Es handelt sich um eine Anpassung an § 117 Abs. 1 SchulG, wonach Mitglieder der Schulkonferenz alle an der betreffenden Schule angestellten Lehr- und Fachpersonen sowie die Schulleitung sind.

Zu Abs. 2:

Es handelt sich um eine Anpassung an § 114 Abs. 3 SchulG, wo keine Anträge an die Schulkommission (mehr) vorgesehen sind.

Der Erziehungsrat erlässt schon lange keine Geschäftsordnung mehr für Schulkonferenzen. Die Geschäftsordnung ist aktuell in der (altrechtlichen) Ordnung für die Schulkonferenzen vom 22. Juni 2009 (SG 411.380) geregelt.

11. Aufnahmekommission	11. Aufnahmekommission
<p><b>§ 17</b></p> <p><sup>1</sup> Die Direktorin oder der Direktor wählt eine Aufnahmekommission, der fünf bis sieben Mitglieder angehören. Diese entscheidet in allen Studiengängen über die Aufnahme der Kandidatinnen und Kandidaten.</p> <p><sup>2</sup> Der Aufnahmekommission gehören mindestens je eine Person des BZG sowie der Organisation der Arbeitswelt Gesundheit beider Basel an.</p> <p><sup>3</sup> Die Leitung der Aufnahmekommission obliegt jener Mitarbeiterin oder jenem Mitarbeiter des BZG, welche oder welcher mit dem Aufnahmeverfahren betraut ist.</p>	<p><del><b>§ 17</b></del></p> <p><del><sup>1</sup> Die Direktorin oder der Direktor wählt eine Aufnahmekommission, der fünf bis sieben Mitglieder angehören. Diese entscheidet in allen Studiengängen über die Aufnahme der Kandidatinnen und Kandidaten.</del></p> <p><del><sup>2</sup> Der Aufnahmekommission gehören mindestens je eine Person des BZG sowie der Organisation der Arbeitswelt Gesundheit beider Basel an.</del></p> <p><del><sup>3</sup> Die Leitung der Aufnahmekommission obliegt jener Mitarbeiterin oder jenem Mitarbeiter des BZG, welche oder welcher mit dem Aufnahmeverfahren betraut ist.</del></p>

**Erläuterungen zum 11. Titel sowie § 17**

Die Zulassung zu Bildungsgängen auf Niveau HF wird gemäss MiVo-HF in den entsprechenden Rahmenlehrplänen (RLP) und Studienreglementen geregelt. Eine Aufnahmekommission ist nicht (mehr) vorgesehen. Über die Aufnahme entscheidet allein die Bildungsgangleitung.

<p><b>§ 18</b></p> <p><sup>1</sup> In die Bildungsgänge auf Niveau Höhere Fachschule werden Kandidatinnen und Kandidaten aufgenommen, die über eine mit dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis abgeschlossene Grundausbildung oder über ein gymnasiales Maturitätszeugnis oder über einen Fachmittelschulabschluss oder über einen Fachmaturitätsabschluss oder über gleichwertige Qualifikationen auf der Sekundarstufe II verfügen.</p> <p><sup>2</sup> Zu Bildungsgängen auf Niveau Höhere Fachschule werden nur Kandidatinnen und Kandidaten zugelassen, welche einen Praktikumsvertrag mit einer Praktikumsinstitution abgeschlossen haben.</p> <p><sup>3</sup> Alle Kandidatinnen und Kandidaten müssen einen Nachweis ihrer physischen und psychischen Gesundheit beibringen und eine Eignungsabklärung absolvieren.</p>	<p><b>§ 18</b></p> <p><sup>1</sup> <b><u>Die Zulassung zu Bildungsgängen auf Niveau Höhere Fachschule richtet sich nach den entsprechenden Rahmenlehrplänen sowie den Studien- und Prüfungsreglementen.</u></b></p> <p><del>In die Bildungsgänge auf Niveau Höhere Fachschule werden Kandidatinnen und Kandidaten aufgenommen, die über eine mit dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis abgeschlossene Grundausbildung oder über ein gymnasiales Maturitätszeugnis oder über einen Fachmittelschulabschluss oder über einen Fachmaturitätsabschluss oder über gleichwertige Qualifikationen auf der Sekundarstufe II verfügen.</del></p> <p><del><sup>2</sup> Zu Bildungsgängen auf Niveau Höhere Fachschule werden nur Kandidatinnen und Kandidaten zugelassen, welche einen Praktikumsvertrag mit einer Praktikumsinstitution abgeschlossen haben.</del></p>
--	---

<p><sup>4</sup> Die Schulleitung regelt nach Anhörung der Schulkommission und in Absprache mit der Organisation der Arbeitswelt Gesundheit beider Basel den Inhalt und Umfang der Eignungsabklärung.</p> <p><sup>5</sup> Die Zulassungsvoraussetzungen für die Studiengänge auf Niveau Fachhochschule richten sich nach der Fachhochschulgesetzgebung.</p> <p><sup>6</sup> Die Zulassungsvoraussetzungen für Nachdiplomstudien HF richten sich nach der Verordnung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen.</p> <p><sup>7</sup> Das Erziehungsdepartement kann Zulassungsbeschränkungen erlassen.</p>	<p><del><sup>3</sup> Alle Kandidatinnen und Kandidaten müssen einen Nachweis ihrer physischen und psychischen Gesundheit beibringen und eine Eignungsabklärung absolvieren.</del></p> <p><del><sup>4</sup> Die Schulleitung regelt nach Anhörung der Schulkommission und in Absprache mit der Organisation der Arbeitswelt Gesundheit beider Basel den Inhalt und Umfang der Eignungsabklärung.</del></p> <p><del><sup>5</sup> Die Zulassungsvoraussetzungen für die Studiengänge auf Niveau Fachhochschule richten sich nach der Fachhochschulgesetzgebung.</del></p> <p><b><sup>6</sup> Die Zulassung zu Nachdiplomstudien richtet sich nach der MiVo-HF.</b> Die Zulassungsvoraussetzungen für Nachdiplomstudien HF richten sich nach der Verordnung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen.</p> <p><del><sup>7</sup> Das Erziehungsdepartement kann Zulassungsbeschränkungen erlassen.</del></p>
--	--

## Erläuterungen zu § 18

### Zu Abs. 1–4:

Die Zulassung zu Bildungsgängen auf Niveau HF wird gemäss MiVo-HF in den Rahmenlehrplänen (RLP) und Studienreglementen abschliessend geregelt. Eine Aufnahmekommission ist nicht mehr vorgesehen. Über die Aufnahme entscheidet die Bildungsgangleitung.

Die Zulassung wird hier nur noch im Sinne eines Verweises auf die einschlägigen Bestimmungen geregelt.

### Zu Abs. 5:

Das BZG führt keine Studiengänge auf Niveau FH. Gemäss dem aktuellen Kooperationsmodell mit der BFH werden entsprechende Studiengänge von der BFH am Standort des BZG durchgeführt.

### Zu Abs. 6:

Nach Art. 7 Abs. 2 MiVo-HF wird ein Abschluss auf Tertiärstufe verlangt.

### Zu Abs. 7:

Da die Anstellung in einem Ausbildungsbetrieb Zulassungsvoraussetzung ist, braucht es keine vom Staat verordneten Zulassungsbeschränkungen. Auch für NDS und sonstige Weiterbildungen sind keine Zulassungsbeschränkungen nötig.

<b>13. Aufnahme</b>	<b>13. Aufnahme</b>
<p><b>§ 19</b>  <sup>1</sup> Über die Aufnahme der Kandidatinnen und Kandidaten entscheidet die Aufnahmekommission.  <sup>2</sup> Der Aufnahmeentscheid ist drei Jahre lang gültig.</p>	<p><del><b>§ 19</b>  <sup>1</sup> Über die Aufnahme der Kandidatinnen und Kandidaten entscheidet die Aufnahmekommission.  <sup>2</sup> Der Aufnahmeentscheid ist drei Jahre lang gültig.</del></p>

**Erläuterungen zum 13. Titel sowie § 19**

Vgl. Erläuterungen zu § 18. Diese Bestimmung kann samt Titel gestrichen werden.

<b>14. Aus- oder Weiterbildungsvertrag</b>	<del><b>14. Aus- oder Weiterbildungsvertrag</b></del> <b><u>Ausbildungsvertrag</u></b>
<p><b>§ 20</b>  <sup>1</sup> Die Schulleitung legt die Rechte und Pflichten der Studierenden in einem Aus- oder Weiterbildungsvertrag fest.</p>	<p><b>§ 20</b>  <sup>1</sup> Die Schulleitung <b><u>schliesst mit allen Studierenden einen Ausbildungsvertrag ab. Dieser regelt</u></b> legt die Rechte und Pflichten der Studierenden, <b><u>die Dauer und Gliederung der Ausbildung sowie weitere Rahmenbedingungen der Ausbildung</u></b> in einem Aus- oder Weiterbildungsvertrag fest.</p>

**Erläuterungen zum 14. Titel**

Bei Weiterbildungen wird mit den Bildungswilligen in der Praxis kein Vertrag abgeschlossen, weshalb eine entsprechende Regelung obsolet ist.

**Erläuterungen zu § 20**

Neu sollen die wesentlichen Inhalte des Ausbildungsvertrags geregelt werden.

<b>15. Auflösung des Aus- oder Weiterbildungsverhältnisses</b>	<del><b>15. Auflösung des Aus- oder Weiterbildungsverhältnisses</b></del>
<p><b>§ 21</b>  <sup>1</sup> Die Auflösung des Aus- oder Weiterbildungsvertrags aufgrund von Entscheiden, die im Rahmen von Qualifikationsverfahren getroffen werden, ist in den entsprechenden Promotionsverordnungen geregelt.  <sup>2</sup> Verfügt eine Studierende oder ein Studierender über keinen Praktikumsvertrag mehr und kann nicht innert angemessener Frist eine andere Praktikumsstelle gefunden werden, wird der Ausbildungsvertrag aufgelöst.  <sup>3</sup> Der oder die Studierende kann den Aus- oder Weiterbildungsvertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat auf das Ende des Monats kündigen.</p>	<p><b>§ 21</b>  <sup>1</sup> Die Auflösung des <b><u>Ausbildungsvertrages</u></b> <del>Aus- oder Weiterbildungsvertrags</del> aufgrund von Entscheiden, die im Rahmen von Qualifikationsverfahren getroffen werden, ist in den entsprechenden Promotionsverordnungen <b><u>Studien- und Prüfungsreglementen</u></b> geregelt.  <sup>2</sup> <del>Verfügt eine Studierende oder ein Studierender über keinen Praktikumsvertrag mehr oder kann nicht innert angemessener Frist eine andere Praktikumsstelle gefunden werden, wird der Ausbildungsvertrag aufgelöst.</del>  <sup>3</sup> <del>Der oder die Studierende kann den Aus- oder Weiterbildungsvertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat auf</del></p>

<p><sup>4</sup> Die oder der Studierende oder der Bildungsanbieter können aus wichtigen Gründen das Aus- oder Weiterbildungsverhältnis jederzeit fristlos auflösen.</p> <p><sup>5</sup> Die Kündigung ist schriftlich zu erklären.</p>	<p><del>das Ende eden Monats kündigen.</del></p> <p><del><sup>4</sup> Die oder der Studierende oder der Bildungsanbieter können aus wichtigen Gründen das Aus- oder Weiterbildungsverhältnis jederzeit fristlos auflösen.</del></p> <p><del><sup>5</sup> Die Kündigung ist schriftlich zu erklären.</del></p>
--	---

### Erläuterungen zum 15. Titel

Zur Streichung des «Weiterbildungsvertrags» kann auf die Erläuterungen zum 14. Titel verwiesen werden.

### Erläuterungen zu § 21

Zu Abs. 1 und 2:

Die Gründe für die Auflösung des Ausbildungsvertrages werden neu in den entsprechenden Studien- und Prüfungsreglementen, die durch das BZG erlassen werden, geregelt. Als Auflösungsgrund sind dort auch Verstösse gegen Disziplinarregeln und die fehlende Eignung vorgesehen.

Zu Abs. 3 – 5:

Diese Punkte sind und gehören im Ausbildungsvertrag geregelt (siehe § 20 BZG-VO).

<p><b>16. Pflichten der Studierenden</b></p>	<p><del><b>16. Pflichten der Studierenden</b></del></p>
<p><b>§ 22</b></p> <p><sup>1</sup> Die Studierenden haben die Haus- und Betriebsordnungen einzuhalten und die Weisungen der Schulleitung und der Lehrpersonen zu befolgen.</p>	<p><del><b>§ 22</b></del></p> <p><del><sup>1</sup> Die Studierenden haben die Haus- und Betriebsordnungen einzuhalten und die Weisungen der Schulleitung und der Lehrpersonen zu befolgen.</del></p>

### Erläuterungen zum 16. Titel sowie zu § 22

Die Pflichten der Studierenden werden gemäss § 20 BZG-VO im Ausbildungsvertrag geregelt.

<p><b>17. Disziplinar massnahmen</b></p>	<p><del><b>17. Disziplinar massnahmen</b></del></p>
<p><b>§ 23</b></p> <p><sup>1</sup> Gegen Studierende, die Pflichten verletzen, kann die Leitung des jeweiligen Bildungsgangs Disziplinar massnahmen in Form einer schriftlichen Verwarnung oder eines zeitlich befristeten Ausschlusses aus dem Unterricht ergreifen.</p>	<p><del><b>§ 23</b></del></p> <p><del><sup>1</sup> Gegen Studierende, die Pflichten verletzen, kann die Leitung des jeweiligen Bildungsgangs Disziplinar massnahmen in Form einer schriftlichen Verwarnung oder eines zeitlich befristeten Ausschlusses aus dem Unterricht ergreifen.</del></p>

### Erläuterungen zum 17. Titel sowie § 23

Gemäss § 1 Abs. 3 der Absenzen- und Disziplinarverordnung vom 20. Mai 2014 (SG 410.130) erlassen in der höheren Berufsbildung die zuständigen Schulleitungen eigene Disziplinarregelungen. Dort werden auch die Disziplinar massnahmen abschliessend geregelt, weshalb § 23 obsolet ist.

<p><b>§ 24</b>  <sup>1</sup> Wegen grober Vergehen oder fortgesetzter Pflichtverletzung oder wiederholten unregelmässigen Schulbesuchs kann durch Verfügung der Schulkommission eine Studierende oder ein Studierender zeitweise oder nach vorheriger schriftlicher Androhung dauernd vom BZG verwiesen werden.  <sup>2</sup> In dringenden Fällen ist die Schulleitung berechtigt, vorsorglich die Studierende oder den Studierenden, unter schriftlicher Meldung an die Schulkommission, vorläufig vom Schulbesuch auszuschliessen.</p>	<p><del><b>§ 24</b>  <sup>1</sup> Wegen grober Vergehen oder fortgesetzter Pflichtverletzung oder wiederholten unregelmässigen Schulbesuchs kann durch Verfügung der Schulkommission eine Studierende oder ein Studierender zeitweise oder nach vorheriger schriftlicher Androhung dauernd vom BZG verwiesen werden.  <sup>2</sup> In dringenden Fällen ist die Schulleitung berechtigt, vorsorglich die Studierende oder den Studierenden, unter schriftlicher Meldung an die Schulkommission, vorläufig vom Schulbesuch auszuschliessen.</del></p>
---	--

**Erläuterungen zu § 24**

Die Kompetenz der Schulleitung zur Auflösung des Ausbildungsvertrages – geregelt in den Studienreglementen – muss auch diejenige zum Schulausschluss beinhalten. Die Schulkommission kann nicht gleichzeitig diese Kompetenz haben. Die Bestimmungen zum verfügbaren Schulausschluss unter Einbezug der Schulkommission passen für eine Aus- oder Weiterbildung auf Tertiärstufe ohnehin nicht und haben in der Praxis auch keine Relevanz.

<p><b>§ 25</b>  <sup>1</sup> Die Gebühren betreffend Bildungsgänge auf Niveau höhere Fachschule sowie Kurse der berufsorientierten Weiterbildung richten sich nach der Verordnung über Studien-, Kurs- und Verwaltungsgebühren in der kantonalen Berufsbildung.  <sup>2</sup> Die Studiengebühren für Bildungsgänge auf Niveau Fachhochschule richten sich nach der Fachhochschulgesetzgebung.</p>	<p><del><b>§ 25</b>  <sup>1</sup> Die Gebühren betreffend Bildungsgänge auf Niveau höhere Fachschule sowie Kurse der berufsorientierten Weiterbildung richten sich nach der Verordnung über Studien-, Kurs- und Verwaltungsgebühren in der kantonalen Berufsbildung <b>vom 8. Mai 2018 (Gebührenverordnung Berufsbildung)</b>.  <sup>2</sup> Die Studiengebühren für Bildungsgänge auf Niveau Fachhochschule richten sich nach der Fachhochschulgesetzgebung.</del></p>
--	---

**Erläuterungen zu § 25**

Zu Abs. 1:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu Abs. 2:

Da das BZG aufgrund des neuen Kooperationsmodells mit der BFH keine Bildungsgänge FH mehr durchführt, kann diese Bestimmung ersatzlos aufgehoben werden.

<p><b>20. Unterrichtsmaterial</b></p>	<p><b>20. Unterrichtsmaterial</b></p>
<p><b>§ 27</b>  <sup>1</sup> Die Schulleitung setzt fest, was die Studierenden an Unterrichtsmaterial anzuschaffen haben.</p>	<p><del><b>§ 27</b>  <sup>1</sup> Die Schulleitung setzt fest, was die Studierenden an Unterrichtsmaterial anzuschaffen haben.</del></p>

Die Anschaffung geht zu Lasten der Studierenden. <sup>2</sup> Unterrichtsmaterialbeiträge werden zurückerstattet, wenn die Abmeldung vor Studienbeginn erfolgt.	<del>Die Anschaffung geht zu Lasten der Studierenden. <sup>2</sup> Unterrichtsmaterialbeiträge werden zurückerstattet, wenn die Abmeldung vor Studienbeginn erfolgt.</del>
--	--

### Erläuterungen zum 20. Titel sowie § 27

Die Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien werden abschliessend in § 6 der Verordnung über Studien-, Kurs- und Verwaltungsgebühren in der kantonalen Berufsbildung vom 8. Mai 2018 (Gebührenverordnung Berufsbildung; SG 419.300) geregelt.

<b>§ 30</b> <sup>1</sup> Gegen die im Rahmen dieser Verordnung erlassenen Verfügungen kann nach den Bestimmungen des Organisationsgesetzes vom 22. April 1976 bei der Vorsteherin beziehungsweise dem Vorsteher des Erziehungsdepartements Rekurs erhoben werden. <sup>2</sup> Kommt bei Streitigkeiten aus dem Aus- oder Weiterbildungsvertrag oder dem Vertrag zwischen dem BZG und einer Praktikumsinstitution keine Einigung zustande, so erlässt das BZG eine Verfügung. Gegen diese kann nach den Bestimmungen des Organisationsgesetzes vom 22. April 1976 bei der Vorsteherin beziehungsweise dem Vorsteher des Erziehungsdepartements Rekurs erhoben werden.	<b>§ 30</b> <sup>1</sup> Gegen die im Rahmen dieser Verordnung erlassenen Verfügungen kann nach den Bestimmungen des Organisationsgesetzes vom 22. April 1976 bei der Vorsteherin beziehungsweise dem Vorsteher des Erziehungsdepartements Rekurs erhoben werden. <sup>2</sup> Kommt bei Streitigkeiten aus dem Aus- oder Weiterbildungsvertrag oder dem Vertrag zwischen dem BZG und <del>einer Praktikumsinstitution</del> <b>einem Ausbildungsbetrieb</b> keine Einigung zustande, so erlässt das BZG eine Verfügung. Gegen diese kann nach den Bestimmungen des Organisationsgesetzes vom 22. April 1976 bei der Vorsteherin beziehungsweise dem Vorsteher des Erziehungsdepartements Rekurs erhoben werden.
---	--

### Erläuterungen zu § 30

#### Zu Abs. 2:

Bei Weiterbildungen sollen keine Rechtsmittel ergriffen werden können und deshalb auch keine Verfügungen ergehen.

Zur terminologischen Anpassung siehe die Erläuterungen zu § 6.

Beilage:

- Synopse